Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa, Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1589 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 71. Mittwoch, 25. März 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 34 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". – Im Falle höherer Gewalt – Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen – hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Aufgaben des neuen Reichspräsidenten.

In weitesten Volkskreisen herrscht noch immer Zweifel darüber, welche Bedeutung der bevorstehenden Präsidentenwahl in Wirklichkeit zukommt. Vielfach herrscht die Meinung vor, daß durch den Wahlausgang etwa eine große staatliche Umwälzung eintreten könnte, indem durch den neuen Reichspräsidenten die ganze Politik und das ganze staatliche Leben in gänzlich andere Bahnen gedrängt werden könnte. Dieser Standpunkt ist ebenso irrig wie die Meinung, daß der Reichspräsident in Deutschland nichts zu sagen habe und es sei ganz gleich, wer diesen Posten versieht.

Die Reichsverfassung hat der Stellung des Reichspräsidenten eine Reihe von Aufgaben zugeschrieben, die ein großes Maß von politischem Verantwortungsgefühl und von politischem Weitblick verlangen. Die wichtigste dieser Aufgaben besteht zweifellos in der Ernennung des Reichskanzlers, die durch den Reichspräsidenten zu erfolgen hat. Da die verantwortliche Leitung der ganzen Politik in den Händen des Reichskanzlers liegt, kann unter Umständen von Seiten des Reichspräsidenten ein schwerer Mißgriff getan werden, wenn er sich willenlos den Vorschlägen der Parteien beugt und die von ihnen benannte Persönlichkeit möglicherweise sogar mit Vollmachten ausstattet, um dadurch den dunkelsten Plänen Tür und Tor zu öffnen. Gewiß soll der Reichspräsident über den Parteien stehen und nicht auf irgend eine Partei festgelegt sein, aber er muß politische Erfahrungen und den erforderlichen Weitblick haben, um bei Regierungskrisen, die immer eine gefährliche Entwicklung für den Staat bedeuten können, das Richtige zu tun. Da die Person des Reichsoberhauptes aufs engste mit der Reichsverfassung verknüpft ist, so wäre es ganz undenkbar, wenn eine Persönlichkeit gewählt werden sollte, die nicht von vornherein gewillt ist, die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Staates zu respektieren und sie mit allen Mitteln zu schützen. Ein solcher Mann, der mit dem Präsidentenamt Mißbrauch treiben würde, wäre der schlimmste Verräter an der Sache des Volkes, denn er wird direkt vom Volke gewählt und ist niemandem für sein Tun und Lassen verantwortlich als dem Volk gegenüber.

Die repräsentativen Aufgaben des Reichspräsidenten sind die üblichen eines Staatsoberhauptes und fallen daher für die politischen Gesichtspunkte vollständig außer Betracht. Niemand wird ein politisches Interesse daran haben, daß der Reichspräsident mehr repräsentativ als praktisch wirkt und nur seine Person als Etikette für den Staat hergibt. Das wäre eine Zumutung, die man schwerlich an einen Mann stellen kann, dessen ganze Persönlichkeit die Gewähr für das Ansehen und die Würde des Reichspräsidentenamtes bieten soll.

Der Reichspräsident hat es in der Hand, in schweren und ernsten Zeiten eine ausgleichende volksversöhnende Tätigkeit zu entfalten und es ist seine dringende Aufgabe, durch Wahrung seiner überparteilichen Würde sich das Vertrauen aller Volkskreise, nicht etwa nur derjenigen Kreise zu erwerben, die ihn als Kandidaten aufgestellt haben. Ein Reichstagsabgeordneter kann wohl seinen Wählern versprechen, daß er besonders ihre Interessen wahren wird, aber ein Reichspräsident darf sich nicht zum Verfechter einseitiger politischer oder wirtschaftlicher Interessen machen wollen.

Alle diese Gesichtspunkte fallen bei der Neuwahl des Reichspräsidenten stark ins Gewicht, und mehr als die bloßen Programm-Erklärungen der Präsidentschaftskandidaten kommt es darauf an, die in Betracht kommenden Persönlichkeiten auf ihre Loyalität, ihr politisches Können und ihr bestes Wollen hin zu prüfen.

Jarres kandidiert auch im zweiten Wahlgange.

Bindende Zusage der Rechtsparteien.

)(Berlin. Nach einer Mitteilung des Loebell-Ausschusses sollen **die Rechtsparteien Dr. Jarres die bindende Zusage gegeben haben, ihn als ihren Kandidaten auch für einen eventuellen zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl aufzustellen.**

Es wird u. a. behauptet, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg im zweiten Wahlgange Kandidat des Reichsblocks und bei Verzicht des Generalfeldmarschalls von Hindenburg Feldmarschall von Mackensen der eigentliche Kandidat des Reichsblocks sein werde. **Generalfeldmarschall von Hindenburg** hat dieses Gerücht schon von sich aus dementiert und erklärt abermals, daß er **unentwegt hinter der Kandidatur Jarres stehe.** Es wird auch behauptet, daß Dr. Jarres von vornherein nur als Kandidat für den ersten Wahlgang in Aussicht genommen sei. Staatsminister von Loebell wiederholte nochmals mit aller Bestimmtheit, daß die Aufstellung von Dr. Jarres für den ersten und zweiten Wahlgang vom Reichsblock **einmütig** erfolgt ist. Gleichzeitig werden über Dr. Jarres selbst falsche Gerüchte verbreitet. Dr. Jarres soll Dissident und Freimaurer sein. Jarres ist **evangelischer** Konfession und hat aus seinem Bekenntnis niemals ein Hehl gemacht. Auch die Gattin Dr. Jarres ist in die Wahlagitation bereits hineingezogen worden. Bald wird behauptet, sie solle Französin sein, bald wird das Gerücht verbreitet, daß sie Jüdin sei. Auch diese Gerüchte sind falsch und nur zu Wahlpropagandazwecken verbreitet. Der Reichsblock wird die Ergebnisse des Wahlgangs spätestens Dienstag, den 31. März, prüfen, um dann sofort Dr. Jarres für den zweiten Wahlgang zu proklamieren.

Ludendorff bleibt Präsidentschaftskandidat.

* München. Der „Völkische Kurier" erklärt heute: **General Ludendorff denke nicht daran, von seiner Kandidatur zur Reichspräsidentschaft zurückzutreten. Es sei nicht die Art Ludendorffs, einen nach reiflicher Ueberlegung gefaßten Entschluß wieder fallen zu lassen.**

Senatspräsident beim Reichsgericht Dr. Lobe

teilt mit, daß er Wert darauf legt, nochmals bekannt zu geben, daß er **nicht zur Reichspräsidentschaft kandidiert,** und daß er auch eine derartige Kandidatur nicht angestrebt habe.

Ein Aufruf des Nationalverbandes Deutscher Offiziere.

)(Berlin. Der Nationalverband Deutscher Offiziere erläßt folgenden Aufruf: „Nachdem **Dr. Jarres** vom Reichsblock unter unserer Mitwirkung als Präsidentschaftskandidat der vaterländischen Parteien aufgestellt ist, gehört ihm unbedingt **jede Stimme** aus unseren Kreisen. Jede Sonderkandidatur aus rechtsgerichteten Kreisen ist im vaterländischen Sinne schädlich."

Aufruf

an alle Deutschen im In- und Auslande ohne Unterschied der Partei!

Zum ersten Male in der Geschichte ist das deutsche Volk vor die Aufgabe gestellt, sich selbst sein Staatsoberhaupt zu wählen.

Seit dem Unglücksjahr 1918 bemühen sich unausgesetzt äußere und innere, geheime und offene Feinde des deutschen Volkes, Zwietracht in dasselbe zu säen. Daher ist gerade der Augenblick der Wahl des Reichspräsidenten von entscheidender Bedeutung, ob das deutsche Volk wieder zu Ehren und Wohlstand kommen, oder durch Verhetzung zum Klassenhaß dem gänzlichen Verfall ausgeliefert werden soll.

Deutsche Männer und Frauen!

Wer daher noch Vaterlandsliebe besitzt, wer festhält an dem letzten Reste geistiger und leiblicher Güter, die uns unsere Vorfahren hinterlassen haben, wer, das Gute der Vergangenheit festhaltend, den Fortschritt auf allen Gebieten wünscht, der wird davon überzeugt sein, daß nur ein Mann an diese verantwortliche Stelle gehört, der sich als wahrhaft deutschdenkender Mann bereits bewährt hat, der kein Stück des deutschen Vaterlandes den habgierigen Feinden überlassen wird, der frei von Parteipolitik und Klassengeist das gemeinsame Wohl des gesamten deutschen Volkes im Auge hat, und der uns als rechtschaffener und selbstloser Mann die Gewähr gibt, in deutschem, christlichem Geiste das deutsche Volk aufwärtszuführen.

Ein solcher Mann ist der

Oberbürgermeister von Duisburg, Herr **Dr. Jarres.**

Darum deutsche Männer und Frauen, die ihr alle die endliche Befreiung Deutschlands von der Kriegsschuldlüge und ihrer verhängnisvollen Folge, dem Versailler Diktat, fordert,

wählt alle Herrn Dr. Jarres zum Reichspräsidenten!

Keiner darf bei der Wahl fehlen! Wer nicht wählt, begeht ein Verbrechen am Vaterlande!

Der Aufklärungsausschuß betr. die Kriegsschuldfrage,
Langebrück bei Dresden, Hermannstraße 1.

Dr. Marx in Köln.

* Köln. Reichskanzler a. D. Dr. Marx hielt gestern abend in einer Versammlung im Weißen Saale der Bürgergesellschaft eine Programmrede. Zur Duldsamkeit ermahnend führte der Redner unter anderem aus:

Gott möge unser deutsches Volk vor einer neuen Entfesselung konfessioneller Kämpfe bewahren. Die konfessionelle Verklüftung ist Deutschlands Schicksal und wir müssen dafür sorgen, daß sie uns nicht zum Verhängnis wird. In der Vereinigung der Kräfte des deutschen Volkes für den hohen Dienst um das Vaterland werden wir auch den Frieden leichter finden. Arbeit ist des Vaterlandes Segen und das Glück der Nation, die auf ihre Freiheit stolz ist! Im neuen Deutschland sind alle Bürger gleichberechtigt. Es ist unsere große Aufgabe, dem demokratischen Staat, den uns die Weimarer Verfassung gegeben hat, auch deutschen Inhalt und deutschen Geist zu geben. Wir stehen erst am Anfang des Weges zum wahren Volksstaat. Es ist unsere Pflicht, der Demokratie alle Kräfte der Nation um die Gesundung und den Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu suchen. Die Erfüllung dieser Pflicht erfordert zugleich auch Treue zum neuen deutschen Staat. Der neue deutsche Staat und die neue deutsche Flagge wollen keine Verleugnung und keine Verkennung des Reiches und der Flagge von 1871 sein. Unser Glaube an Deutschlands Zukunft wird uns auch helfen, die Hindernisse zu überwinden, die sich als Folgen des verlorenen Krieges vor uns aufgetürmt haben. Weil wir den Frieden wollen, werden wir nicht ruhen, auch von den anderen Staaten die Abrüstung zu fordern. Ruhe und Ordnung als Gewähr einer stetigen Einigung im Innern, Frieden und Verständigung als Gleitstern unseres Handelns nach Außen! Das muß der Wahlspruch sein, unter dem von uns alle Arbeit am Vaterlande geleistet wird. Er wird auch stets meine Richtschnur bleiben, solange ich für mein geliebtes deutsches Vaterland und mein deutsches Volk wirken kann.

Dr. Marx erklärte im weiteren Verlauf seiner Rede, daß er dem Ruf, zur Reichspräsidentenwahl zu kandidieren, nur mit Widerstreben gefolgt sei und fuhr fort: Trotzdem bin ich gern dem Rufe in meine Vaterstadt gefolgt, denn in meiner rheinischen Heimat wurzelt meine Liebe zum deutschen Vaterland und meine Kraft zur Arbeit für das deutsche Volk. Je größer die Not und je bitterer das Leid auf meiner rheinischen Heimat lasteten, umso inniger ist meine Verbundenheit mit dem bedrängten Volke meiner Heimat geworden. Es ist mein heißester Wunsch, daß mit der baldigen Räumung des Rheines und der nördlichen Rheinlandzone, auf die wir einen Anspruch haben, eine Milderung der nationalen und sozialen Not verbunden sein möge. Des Rheinlands Sorgen sind Deutschlands Sorgen, rheinisches Schicksal ist deutsches Schicksal. Weil ich von einem tiefen Vertrauen zum deutschen Volke beseelt bin, glaube ich an die Verwirklichung der von mir stets erstrebten Volksgemeinschaft. Soll die im Kriege sich bewährte deutsche Volksgemeinschaft nicht auch im Frieden möglich sein? Ich glaube an das deutsche Volk und in diesem Glauben erachte ich die Erstrebung der Volksgemeinschaft als nationale Pflicht und die Benutzung des Volksgemeinschaftsgeistes als vaterländisches Gebot. Nicht was uns trennt wollen wir betonen und vertiefen, sondern pflegen alles das, was uns eint!

Dr. Hellpach in Leipzig.

)(Leipzig. Der **demokratische Präsidentschaftskandidat Dr. Hellpach** hat, nunmehr auch in Leipzig Gelegenheit genommen, vor einer riesigen Versammlung seine politischen Leitgedanken zu entwickeln. In seinen Darlegungen, die schon rein formal aufs stärkste packten, wandte er sich gegen die unfruchtbare Romantik, die dem versunkenen Kaiserreich nachtrauere, statt mit voller Kraft an den Aufgaben der deutschen Gegenwart zu arbeiten. Nach der furchtbaren Lehre, die der Weltkrieg dem deutschen Volk erteilt habe, sei es ein Unding, von der Rekonstruktion des alten Obrigkeitsstaates zu träumen. Das deutsche Volk könne sein Schicksal nur dann wirklich meistern, wenn es in rückhaltlosem Bekenntnis zu den großen Gedanken der Demokratie alle in ihm schlummernden Kräfte frei mache. Für Hellpach ist Demokratie gleichmäßig Sache des kühlen Kopfes und des heißen Herzens. Was an Wertvollem aus früheren Perioden der deutschen Geschichte auf uns gekommen sei, das müsse in Treue gepflegt werden, und insbesondere dürfe keine Rede davon sein, daß die dauernde Lebenskraft eines echten Christentums in unserem öffentlichen Leben zu ignorieren sei. Nationalpolitisch müsse die deutsche Demokratie mit gesammelter Energie danach streben, daß der Gedanke eines einigen und einheitlichen Groß-Deutschlands sobald wie möglich zur Wirklichkeit werde. Aber auch hier gelte das Gebot eiskalter Realpolitik, die die geschichtlichen und politischen Gegebenheiten berücksichtige. Mit einem begeisterten Ausblick auf eine bessere deutsche Zukunft schloß Dr. Hellpach seine Rede. Sie trug ihm minutenlange stürmische Ovationen ein.

Die Aufwertungspläne der Reichsregierung.

Berlin. Die „Vossische Zeitung" meldet, daß der Gesetzentwurf der Reichsregierung über die Aufwertung heute veröffentlicht werden würde. Dem Gesetzentwurf sei eine ausführliche Begründung beigegeben. Ueber den

Inhalt des Aufwertungsplanes

weiß das „B. T." folgendes mitzuteilen: An der Unterscheidung zwischen altem und neuem Besitz werde festgehalten. Der Besitz an Kriegsanleihen, der vor dem 1. Januar 1920 erworben worden ist und dessen Existenz durch die Vermögenssteuererklärung vom 31. Dezember 1919 nachgewiesen ist, gilt schlechthin **als alter Besitz.** Ausnahmen würden nur bezüglich der mündelsicheren Anlagen, der Kirchengelder und der Wohltätigkeitsfonds gemacht. **Die generelle Aufwertung erfolge auf 5 Prozent.** Die Aufwertung werde theoretisch auch auf den neuen Besitz vorgenommen, jedoch erfolge die Aufnahme des Zinsendienstes beim neuen Besitz erst, nachdem sämtliche Reparationszahlungen geleistet worden sind. Für die Verzinsung des alten Besitzes werde eine jährliche Summe von 40 Millionen Mark im Budget zur Verfügung gestellt. Die Höhe des Zinssatzes richte sich also nach der Höhe des alten Besitzes und der eben genannten Summe. **Für Sozialbedürftige würden zwei Prozent des gezeichneten Nominalbetrages als jährliche Rentenzahlung ausgeworfen.** Hierfür seien gleichfalls 40 Millionen in Aussicht genommen. Hieraus ergebe sich, daß die Reichsregierung den Betrag von Kriegsanleihen, der sich im Besitz von Sozialbedürftigen befinde, auf zwei Milliarden schätze.

Massendesertierungen in Oberschlesien

)(Kattowitz. Hier wurden in diesen Tagen zum **ersten Male die wehrpflichtigen Oberschlesier zum polnischen Heeresdienst einberufen.** Der Bevölkerung hat sich **eine große Erregung** bemächtigt, die sich in Kundgebungen äußert. **Viele der Gestellungspflichtigen sind über die Grenze nach Deutschland geflüchtet,** um sich von hier aus ins Ausland zu begeben und sich vor dem polnischen Militärdienst in Sicherheit zu bringen. In der Nähe von Beuthen sprangen aus einem aus Kattowitz kommenden Zuge 50 Rekruten, überrannten die Grenzposten und flüchteten querfeldein auf deutsches Gebiet.